

Statement

von

Dr. Reinhard Dörfler  
Hauptgeschäftsführer  
des  
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der  
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz  
am 11. Juni 2008, 10:30 Uhr,  
Clubraum

## **Robuste Wirtschaft in Bayern trotz steigenden Risiken**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft zeigt sich angesichts steigender Konjunkturrisiken im internationalen Umfeld vergleichsweise robust. Obwohl die wirtschaftliche Dynamik in Bayern nach der aktuellen Konjkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages BIHK unter rund 3.100 bayerischen Unternehmen leicht nachlässt, ist der zu Jahresbeginn befürchtete Abschwung bislang nicht eingetreten. Dies bestätigen auch die Ende Mai veröffentlichten Daten des Statistischen Bundesamtes zum deutschen Wirtschaftswachstum im 1. Quartal 2008.

Der BIHK-Index, der Lage und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, ist seit seinem historischen Höchststand von 129 Punkten im Sommer 2007 kontinuierlich auf derzeit 119 Punkte gesunken. Gegenüber dem Jahresbeginn beträgt der Rückgang des Index jedoch lediglich 2 Indexpunkte.

Die bayerischen Unternehmen schätzen im Vergleich zu Anfang 2008 sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Perspektiven für die kommenden 12 Monate etwas weniger positiv ein. Trotzdem bezeichnen noch 38 % (Frühjahr 2008: 40 %) der befragten Betriebe ihre Geschäftslage als insgesamt gut, lediglich 13 % (12 %) sind unzufrieden. Die Erwartungen zeigen ebenfalls nur leicht nach unten. In der aktuellen Umfrage erwarten 23 % (25 %) der Unternehmen bessere Geschäfte, unverändert 10 % schätzen ihre Aussichten eher schlechter ein.

Die nur leichte Abkühlung der bayerischen Konjunktur ist vor dem Hintergrund des nachlassenden Wirtschaftswachstums in den übrigen großen Volkswirtschaften allerdings kein Grund für eine Entwarnung. Denn auch bei den bayerischen Unternehmen mehren sich die Alarmzeichen:

Immer mehr Betriebe leiden unter stark steigenden Kosten. Als Folge gehen die unternehmerischen Erträge zurück und schränken so den finanziellen Spielraum für Investitionen

ein. Dadurch sinkt die Einstellungsbereitschaft der Wirtschaft. Der Jobboom auf dem bayerischen Arbeitsmarkt wird sich deshalb in den kommenden Monaten weiter abschwächen.

Zudem trüben sich sowohl Lage als auch Erwartungen im Exportgeschäft in allen bayerischen Branchen ein. Damit wird der Außenhandel die Funktion der Konjunkturlokomotive nicht mehr mit der Kraft der vergangenen zwei Jahre übernehmen können. Da sich die Konsumenten wegen steigender Preise immer noch zurückhalten, wird die private Binnennachfrage die sinkende Exportdynamik in 2008 nicht kompensieren können. Insgesamt bleibt damit offen, wie lange die bayerische Wirtschaft den Risiken noch standhalten kann.

### **Industrie – Zuversicht bröckelt ab**

In den bayerischen Industrieunternehmen laufen die Geschäfte etwas schlechter als zu Jahresbeginn. Aber immer noch 46 % (47 %) der befragten Unternehmen melden eine gute Geschäftslage, 11 % (10 %) sind mit der geschäftlichen Entwicklung der vergangenen 6

Monate unzufrieden. Auch die Auftragslage im In- und Ausland sowie die Ertragslage bekommen nicht mehr so gute Noten wie zu Jahresbeginn. In allen Industriebereichen geht es aber nur geringfügig abwärts.

Die Zuversicht für die nächsten 12 Monate hat in der bayerischen Industrie leicht abgenommen. 23 % (24 %) der befragten Unternehmen blicken optimistisch in die Zukunft, 11 % (10 %) rechnen mit rückläufigen Geschäften.

Im Gegensatz zur leicht verhaltenen Grundstimmung in der bayerischen Industrie gibt sich die konsumnahe Ge- und Verbrauchsgüterindustrie optimistischer als noch zu Jahresbeginn. Dies ist aber keinesfalls ein Indiz einer anziehenden Binnenkonjunktur: In der BIHK-Konjunkturmfrage zu Jahresbeginn waren die Erwartungen der Ge- und Verbrauchsgüterindustrie überdurchschnittlich stark zurückgegangen. Die aktuelle „Belebung“ dieses Industriebereichs gleicht eher die überzogen pessimistischen Erwartungen zu Jahresbeginn 2008 aus.

### **Bauwirtschaft in labiler Verfassung**

Die bayerische Bauwirtschaft kämpft noch immer mit den Folgen der Streichung der Eigenheimzulage. Zwar belebt sich die private Bautätigkeit aufgrund der Energieeinsparverordnung der Bundesregierung, dies kann die entstandene Nachfragerücke jedoch nur zum Teil abfedern. So klagten zu Jahresbeginn 67 % der Betriebe über eine schlechte Lage im privaten Wohnungsbau, aktuell liegt dieser Anteil immer noch bei 46 %.

Die heimischen Bauunternehmen versprechen sich in den kommenden 12 Monaten lediglich im Wirtschaftsbau mehr Aufträge. 30 % (25 %) der befragten Betriebe rechnen in diesem Segment mit einer anziehenden Nachfrage. Neben dem privaten Wohnungsbau bereitet der öffentliche Bau immer mehr Bauunternehmen Grund zur Sorge.

### **Großhandel – Export verliert an Schwung**

Der bayerische Großhandel wurde in den vergangenen Jahren durch ein starkes Auslandsgeschäft gestützt. In den letzten sechs

Monaten aber stellen immer mehr Großhändler eine spürbare Abkühlung im Export fest. Nur noch 35 % (43 %) der befragten Großhändler berichten von steigenden Auslandsumsätzen, 26 % (17 %) mussten in den vergangenen 6 Monaten sinkende Umsätze hinnehmen.

Auch die Zahl der Unternehmen, die für die kommenden 12 Monate weitere Rückgänge im Auslandsgeschäft befürchten, ist gestiegen. Lag dieser Anteil zu Jahresbeginn noch bei 12 %, steigt er aktuell auf 21 % an. Zugleich sind unverändert 36 % der Exporteure zufrieden. Dies zeigt, wie unterschiedlich die widrigen weltwirtschaftlichen Bedingungen auf die einzelnen Großhandelsunternehmen durchschlagen.

### **Einzelhandel – Ertragskraft schwindet**

Zum ersten Mal seit Herbst 2006 berichten wieder mehr Einzelhändler über eine schlechte als eine gute Geschäftslage. Die im Vergleich zu Jahresbeginn sinkenden Erträge verdeutlichen den harten Wettbewerb in der gesamten Branche und die steigenden Kosten in den Unternehmen.

Die Zuversicht im Einzelhandel für die kommenden 12 Monate ist in etwa gleich geblieben: 19 % (18 %) sind optimistisch, 11 % (14 %) sind bei den Geschäftserwartungen skeptisch. Der aufkeimende Optimismus im Einzelhandel beruht vor allem auf der Hoffnung, dass der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt und die Lohnsteigerungen der vergangenen Monate mehr Geld in die Kassen des Einzelhandels spülen. Allerdings wird es die derzeitige Preissteigerungsrate von über 10 % bei den Gütern des täglichen Bedarfs, wie etwa Lebensmitteln oder Energie, schwer machen, die positiven Umsatzerwartungen der Einzelhändler in die Realität umzusetzen.

### **Dienstleister – Aufwind hält an**

Die Dienstleister sind die einzige Branche in Bayern, die ihre aktuelle Geschäftslage besser als zu Jahresbeginn einschätzt. 51 % (48 %) der Dienstleistungsunternehmen in Bayern berichten aktuell von einer guten Geschäftslage, weiterhin nur 5 % sind mit dieser unzufrieden.

Diese erfreuliche Entwicklung wird jedoch durch die nachlassende Nachfrage aus dem Ausland beeinträchtigt. Gerade das Auslands-

geschäft hat in den vergangenen Jahren als Konjunkturtreiber für die gesamte Dienstleistungsbranche an Gewicht gewonnen. Der Anteil der im Dienstleistungsexport optimistischen Unternehmen sank in der aktuellen Umfrage jedoch von 44 % auf derzeit 35 %.

Dass die Geschäftserwartungen der bayerischen Dienstleister dennoch optimistischer ausfallen als zu Jahresbeginn, ist in der stabilen Entwicklung des Inlandsgeschäfts begründet: 45 % (44 %) der Betriebe sind überzeugt, dass sie hier auch in den kommenden 12 Monaten steigende Umsätze erwirtschaften.

### **Investitionen: Kostendruck treibt Rationalisierungen**

Die Investitionsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft hat nach ihrem Höhepunkt vor einem Jahr erneut leicht nachgelassen. Aktuell planen 25 % (26 %) der befragten Unternehmen eine Ausweitung ihrer Investitionen, 21 % (20 %) wollen weniger investieren. Im Baugewerbe sowie im Groß- und Einzelhandel werden mehr Unternehmen ihre Investitionen

einschränken als ausbauen. Die nachlassende Investitionsbereitschaft dürfte dabei zum Teil auch auf die Abschaffung der degressiven Abschreibung Anfang 2008 zurückzuführen sein, weil gerade mittelständische Unternehmen ihre Investitionen vorgezogen haben.

Einzig die bayerischen Industrieunternehmen folgen diesem Trend nicht und werden in den kommenden 12 Monaten stattdessen zusätzlich investieren, ein eigentlich positives Zeichen für den weiteren Konjunkturverlauf. Die steigende Kostenbelastung schlägt auf die Investitionsmotive durch: Während die Ausgaben für Produktinnovationen leicht zurückgehen, steigt der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen an.

### **Arbeitsmarkt verliert an Dynamik**

Die Einstellungsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten bleibt im Vergleich zum Jahresbeginn weitgehend konstant. 18 % (19 %) der befragten Unternehmen werden ihre Belegschaft erweitern, unverändert 13 % der Betriebe rechnen mit notwendigem Personalabbau. Der aktuelle Beschäftigungssaldo liegt mit +5 Punkten (+6

Punkten) immer noch im positiven Bereich. In der Summe werden daher in Bayern weiterhin mehr Arbeitsplätze entstehen als gestrichen. Aber die Dynamik des Arbeitsmarktes flacht unverkennbar etwas ab.

Der seit einem Jahr anhaltende Abwärtstrend bei den Einstellungsplänen der bayerischen Industrie muss ein Warnsignal sein. Ein positiver Beitrag zur Arbeitsmarktentwicklung ist hingegen von den Dienstleistern zu erwarten: Sie werden per Saldo nochmals mehr neue Mitarbeiter einstellen als zu Jahresanfang.

### **Oberbayern im Gleichklang mit Bayern**

Die oberbayerischen Daten unterscheiden sich in der Grundtendenz nur wenig vom bayerischen Durchschnitt. Lediglich in der Branchenbetrachtung lassen sich einige unterschiedliche Entwicklungen feststellen.

So bewerten Bauwirtschaft und Dienstleister in Oberbayern die aktuelle Lage zurückhaltender als der jeweilige bayerische Branchendurchschnitt. Die oberbayerischen Dienstleister blicken – anders als in ganz Bayern – sogar

pessimistischer als zu Jahresbeginn auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Die oberbayerischen Industrieunternehmen hingegen sind für die Geschäftsentwicklung der kommenden 12 Monate spürbar optimistischer: 26 % (20 %) der oberbayerischen Industrieunternehmen sehen zuversichtlich in die Zukunft, während in Bayern insgesamt nur 23 % (24 %) optimistisch sind.

### **Fazit**

Die bayerische Wirtschaft entwickelt sich angesichts der belastenden Entwicklungen auf den internationalen Märkten robust und trotz damit noch dem weltweiten konjunkturellen Abwärtstrend. Die Befürchtungen zu Jahresanfang, dass die bayerische Wirtschaft schon mit Beginn 2008 in einen Abschwung gleiten könnte, haben sich bislang nicht bewahrheitet. Dennoch dürfen die existierenden konjunkturellen Warnsignale auf keinen Fall übersehen werden.

## **Auslandsrisiken schwächen Konjunktur- entwicklung**

In den vergangenen Jahren haben sich die Rohstoff- und Energiepreise deutlich erhöht. Seit Ende 2007 hat sich dieser Prozess noch einmal beschleunigt. Die Ursache dieser Entwicklung ist vor allem im deutlich gestiegenen Verbrauch der Schwellenländer zu sehen. Aber nicht nur die Rohstoffpreise sind spürbar gestiegen. Zugleich haben sich auch die Kosten für Energie deutlich verteuert. Der Öl- und Gaspreis erklimmt immer neue Höchststände.

Vor diesem Hintergrund wirkt der starke Eurokurs nicht nur als Wettbewerbsnachteil für die bayerischen Exportunternehmen. So werden zwar 13 % der Exporte in Dollar abgerechnet, die sich bei einem starken Eurokurs tendenziell verteuern. Zugleich dämpft ein aufwertender Euro aber auch den Preisanstieg des in Dollar gehandelten Rohöls. Dieser Effekt ist nicht nur auf die Exportwirtschaft beschränkt, sondern kommt allen bayerischen Unternehmen und Haushalten zugute. Durch den starken Euro können jedoch die Mehrbelastungen bei den Energiekosten nicht voll-

ständig aufgefangen, sondern allenfalls abgedeutert werden.

Zusätzlich brechen jedoch bei exportorientierten Unternehmen vermehrt Aufträge aus dem Ausland weg, weil sich das Wirtschaftswachstum bei unseren wichtigsten Handelspartnern deutlich eingetrübt hat.

Aber auch inländische Faktoren haben die Kostensituation der Unternehmen weiter verschärft. So haben die Tarifsteigerungen der letzten beiden Jahre die Personalkosten der Unternehmen weiter erhöht. Darüber hinaus sendet die Politik mit der in Kraft gesetzten Unternehmensteuerreform, der laufenden Diskussion um die Reform der Erbschaftsteuer und der geplanten Einführung von Mindestlöhnen keine positiven Signale für weitere Investitionen und die Einstellung neuer Mitarbeiter.

### **Das Steuersystem – hohe Belastung von Unternehmen und Bürgern**

Um der Binnennachfrage endlich Schubkraft zu verleihen, müssen Unternehmen und Verbrauchern wieder mehr finanzielle Mittel zur

Verfügung stehen. Dies gelingt am besten und wirksamsten durch steuerliche Entlastungen. Der notwendige finanzielle Spielraum ist beim Staat vorhanden - auch ohne die angestrebte Haushaltskonsolidierung in Gefahr zu bringen. So erhöhten sich zwischen Januar und April 2008 die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,9 % auf 157,33 Mrd. Euro. Von diesem Geldstrom profitieren Bund, Länder und Gemeinden.

Die steigenden Steuereinnahmen sind aber nicht ausschließlich auf die gute Konjunktur-entwicklung zurückzuführen. Vielmehr bemächtigt sich der deutsche Staat bereits seit Jahren immer größerer Einkommensteile seiner Bürger. Durch den als „kalte Progression“ bezeichneten Effekt setzt der Spitzensteuersatz aufgrund der Inflation real bei immer geringeren Einkommen ein. Dies ist nichts anderes als eine versteckte Steuererhöhung.

Als Resultat der kalten Progression kommt bei den Arbeitnehmern der Mittelschicht immer weniger von den tariflichen Lohnerhöhungen der letzten Monate an. Hier wird gerade den

Leistungsträgern der Wirtschaft, den Fachkräften und Spezialisten, systematisch eine immer höhere Steuerbelastung aufgebürdet. Angesichts dieser Ungerechtigkeit haben nahezu alle europäischen Nachbarstaaten bereits entsprechende Maßnahmen zur Begrenzung der kalten Progression umgesetzt.

Aber nicht nur durch das Einkommensteuerrecht werden systematisch die Leistungsanreize gesenkt. Mit der aktuell diskutierten Erbschaftsteuerreform plant die Politik zugleich einen herben Eingriff in viele mittelständische Familienunternehmen, die das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft bilden.

Eine im Mai diesen Jahres durchgeführte repräsentative Umfrage des BIHK unter rund 640 bayerischen Unternehmen zeigt deutlich die große Unzufriedenheit der Unternehmer mit dem aktuellen Gesetzentwurf: Insgesamt ist dieser zu kompliziert, greift zu lange in die Entscheidungen der Unternehmen ein und schließt einen großen Teil der Unternehmen von den Begünstigungsregelungen aus. Wir fordern daher die Umsetzung des bereits im Koalitionsvertrag von 2005 vereinbarten

bayerischen Abschmelzmodells, der aktuelle Entwurf gehört dagegen sofort aus dem Verkehr gezogen.

Vielleicht sollte sich die Koalition in Berlin gelegentlich an Ludwig Erhard erinnern, der einmal gesagt hat: „Wer die Belastungen des Mittelstandes noch weiter erhöht, zerstört ihn. Kein Staat kann seinen Bürgern mehr geben, als er ihnen vorher abgenommen hat.“